



Felix Gnehm, Geschäftsleiter von Solidar Suisse

STAND PUNKT

Gegen Ungleichheit

Im neu gegründeten Parteirat möchte Solidar Suisse die globale Dimension unseres Leitspruchs «Für alle statt für wenige» einbringen. Auch die SP muss ihren Kompass darauf ausrichten, was in der Konsum-, Finanz- und Rohstoffnation Schweiz für soziale Gerechtigkeit weltweit getan werden kann und muss.

Wir kaufen T-Shirts, deren Näher:innen in Kambojscha nicht genug verdienen, um ihre Kinder zur Schule zu schicken. Herumgeschobene afghanische und syrische Flüchtlinge leiden mitsamt ihren Kindern in Bosnien an der EU-Aussengrenze unter Kälte und Hunger. Und die Ungleichheit nimmt zu. Zur Verdeutlichung reicht ein Blick in die Staatshaushalte von Subsahara-Afrika. Moçambiques Budget beträgt fünf Milliarden Franken, was für Infrastruktur, Bildung, Gesundheit und öffentliche Dienste für 30 Millionen Einwohner:innen reichen muss. Die Schweiz setzt 75 Milliarden Franken für 8,6 Millionen Menschen ein.

Gegen solch skandalöse Ungleichheit engagieren wir uns. Dazu reichen aber unsere wirkungsvollen Projekte vor Ort nicht aus – zu gross sind die Macht und der Einfluss, die unsere schweizerischen Regelwerke, die Rahmenbedingungen sowie die Konsum- und Investitionsentscheide auf den globalen Süden ausüben. Wo Schweizer Gesetze, die Finanzpolitik oder Geschäftspraktiken zu Ausbeutung führen, stellen wir uns dagegen. Dieses entwicklungspolitische Engagement ist bürgerlich-rechten Kreisen ein Dorn im Auge, wie die Entrüstung im Nachgang zur Konzernverantwortungs-Initiative zeigte.

Trotzdem bleiben wir dran! Dank unseren links-gewerkschaftlichen Wurzeln gehört ein schlagkräftiges politisches Engagement zu unserem Auftrag. Weiterhin setzen wir uns darum mutig, hartnäckig und engagiert für eine faire Wirtschaft mit würdigen Arbeitsbedingungen ein, frei von Unterdrückung und Ausbeutung. Ganz im Sinne von Henry David Thoreau: «Auf je tausend, die an den Blättern des Bösen zupfen, kommt einer, der an der Wurzel hackt.»



AHV-Ausbau statt Rentenklau

RENTENABBAU: ZUERST FÜR DIE FRAUEN, DANN FÜR ALLE. DAS IST DER PLAN DER BÜRGERLICHEN MEHRHEIT IN BUNDESBERN. GLEICHZEITIG VERTEILT DIE RECHTE SCHEIBCHENWEISE STEUERGESCHENKE AN REICHE UND GROSSKONZERNE.



Christine Goll,
Präsidentin SP60+

Die Erhöhung des Frauenrentenalters ist kein Gleichstellungsprojekt, sondern führt zu lebenslangen Rentenkürzungen, konkret zu jährlich 1200 Franken weniger für die Frauen. Obwohl ihre Rentenlücke immer noch rund ein Drittel beträgt. Jede vierte Rentnerin kann im Alter nur auf die AHV zählen. Doppelt so viele Frauen wie Männer müssen Ergänzungsleistungen beantragen, um über die Runden zu kommen.

Zweite Säule im freien Fall

Länger arbeiten und mehr bezahlen, um im Alter eine tiefere Rente zu erhalten: Das ist auch das erklärte Ziel der Banken- und Versicherungslobby für die zweite Säule. Dort sind die Renten seit über einem Jahrzehnt im freien Fall. Teilzeitarbeit, das Mehrheitsmodell der Arbeitnehmerinnen, entpuppt sich als Rentenfalle. So sind ihre durchschnittlichen Pensionskassenrenten nur halb so hoch wie diejenigen der Männer. Ein Drittel der Frauen hat zudem keinen Anschluss an die berufliche Vorsorge. Dennoch haben die Bürgerlichen im Parlament bereits weitere Rentensenkungen in der BVG-Revision eingeleitet.

Das faktische Rentenalter ist heute bereits tiefer als das gesetzliche. Ge-

rade Frauen steigen früher aus dem Erwerbsleben aus. Sie übernehmen Betreuungsaufgaben für Kinder und pflegebedürftige Angehörige. Grosseltern stehen mit 160 Millionen Gratis-Arbeitsstunden jährlich an erster Stelle, wenn es um die Kinderbetreuung geht. Sie füllen damit eine grosse Lücke, weil es zu wenig bezahlbare Kita-Plätze gibt.

Bald schon Rentenalter 67?

Die Finanzierung der AHV ist eine Frage des politischen Willens. Die notwendige Zusatzfinanzierung wird heute bewusst knapp gehalten, damit weitere Leistungskürzungen möglichst rasch vorangetrieben werden können. Die Initiative von rechts für Rentenalter 67 ist bereits deponiert. Die ohnehin schon schwierige Arbeitsmarktsituation für ältere Arbeitnehmende wird dabei ausgeblendet.

Die politische Rechte entlarvt sich selbst: Sie fordert einen Rentenabbau für alle, entlastet aber mit der Abschaffung der Stempel- und Verrechnungssteuer – weitere Steuerprivilegien für Reiche sind bereits in der Pipeline – Kapitaleigentümer:innen und Vermögende. Den Preis bezahlt die grosse Mehrheit der Bevölkerung.

Verhindern wir jetzt die Aushöhlung unseres wichtigsten Sozialwerks! Mehr noch: Setzen wir uns offensiv für den Ausbau der AHV mit existenzsichernden Renten ein!

Jetzt das Referendum gegen
«AHV 21» unterschreiben:
ahv-referendum.ch